

**IN DEUTSCHLAND  
VERBOTEN!\***

Ausgabe 60 | April 2024

**ZEITUNG**

Eine Ausgabe • Ein Thema • Ein Mosaikstein hin zum grossen Bild



# Das okkupierte Land

Hybrider Krieg gegen Deutschland

**E**ine Vielzahl von Flaggen ausländischer Mächte, Ideologien, Organisationen und supranationaler Institutionen wehen auf dem Reichstag, jedoch fehlt die deutsche Flagge. Ist diese Darstellung übertrieben? Wir denken eher nicht. Denn wenn wir die Interessen betrachten, die die deutsche Politik mittlerweile beeinflussen, drängt sich die Frage auf, wie lange es wohl noch dauern mag, bis die Inschrift «Dem Deutschen Volke» entfernt wird, da sie eine Diskriminierung aller Nicht-Deutschen impliziert und somit ein schändliches Überbleibsel eines veralteten Nationalismus darstellt, den wir als moderne, weltoffene Gesellschaft längst überwunden haben sollten. Wer die Entwicklungen verfolgt, kommt nicht umhin, eine fortwährende, umfassende und einschneidende Transformation zu beobachten.

Steht diese Transformation einfach nur im Zusammenhang mit einem sich ständig organisch wandelnden Zeitgeist? Nicht zum ersten Mal befassen wir uns mit dieser Frage, mit der zweifellos die weitere Frage einhergeht, ob eine solche Veränderung überhaupt absichtlich und kontrolliert vollzogen werden kann, und ob es Kräfte gibt, die gegen die Deutschen, gegen die westliche Bevölkerung und vielleicht sogar gegen die gesamte Menschheit arbeiten. Daher möchten wir diese Ausgabe damit einleiten, aufzuzeigen, dass durchaus seriöse Ambitionen und Pläne aus höchsten Ämtern existierten, die in ihrer Durchführung genau dem ähneln, was wir heute vorfinden. Dabei muss eine historische Sonderrolle Deutschlands beachtet werden, die sich auf den Maßnahmen der Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg begründet. Das zu erkennen, ist im Kontext dieser Ausgabe elementar, benötigt jedoch einen Sprung in die Vergangenheit.

In unserer über 300 Seiten umfassenden Trilogie «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» (Ausgaben 28-30) wurde quellenbasiert und ergänzt mit zahlreichen authentischen Zitaten dargelegt, dass elitäre Kreise das Deutsche Reich zwecks seiner Vernichtung in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg, trieben, dass Deutschland von den Siegermächten in Versailles dafür die alleinige Schuld aufgebürdet wurde und wie es unter dem Joch dieses Versailler Diktats unsägliche Verluste an Menschenleben, Volksvermögen und Staatsgebiet hinnehmen musste. Dieses Unrecht, bezeichnet als «Versailler Friedensvertrag», gilt – mittlerweile auch von Mainstream-Historikern anerkannt – als Nährboden und Ursprung für den bald darauf folgenden Zweiten Weltkrieg anno 1939, der trotz diverser Verhandlungs- und Friedens-

angebote, die von der deutschen Seite in den ersten zwei Jahren eingingen, bis 1945 fortgeführt wurde. Als dieser Weltenbrand sich auf seinen schrecklichen Höhepunkt zubewegte, entstanden innerhalb amerikanischer und nicht selten jüdischer Zirkel unkonventionelle Pläne, die vorsahen, Deutschland ganz ohne Bombenhagel und Artilleriefeuer existenziell zu zermürben.

### «Kaufman-Plan»

Als «Kaufman-Plan» wird der Anfang 1941 vom jüdischen Geschäftsmann Theodore Newman Kaufman in einer unter dem Titel «Germany Must Perish» (deutscher Titel: «Deutschland muss untergehen», alternative Übersetzungen des Verbs «to perish» sind: «zugrunde gehen, verrecken, krepieren») veröffentlichten Broschüre dargelegte Plan bezeichnet, die Deutschen u.a. durch Zwangssterilisation zu vernichten und durch

## «[...] die Siegermächte wollten die deutsche, politische und kulturelle Vergangenheit zielbewusst begraben.»

Paul Gottfried, US-amerikanischer Politikwissenschaftler

Quelle: web.archive.org; Im Gespräch mit Paul Gottfried über Obama, Liberalismus und «Weltdemokratie», 02.03.2009

Angehörige anderer Völker zu ersetzen. Hier einige Textauszüge: «Verbleibt also nur noch, [...] wie die Höchststrafe am deutschen Volke vollzogen werden kann. Dabei versteht es sich von selbst, dass Pogrome und restlose Liquidierung außerhalb jeder Diskussion stehen. Außerdem wären sie nicht durchführbar, bei einer Bevölkerung von annähernd siebenzig Millionen. Derartige Methoden wären unvereinbar mit den moralischen Gesetzen und ethischen Verpflichtungen der Zivilisation. Als einzige Möglichkeit, die Welt ein für allemal vom alldeutschen Gedanken zu befreien, bleibt also nur, die Quelle zu verstopfen, aus der die kriegslüsterne Seele ihren Ursprung nimmt. D.h. das deutsche Volk daran zu hindern, seine Art immer erneut zu zeugen. Diese moderne Methode, wissenschaftlich unter dem Begriff rasseveredelnder Sterilisation bekannt, ist einfach, menschlich und gründlich. Nach vollständiger Sterilisation wird es in Deutschland keine Geburten mehr geben. Bei einer normalen Sterberate von 2% jährlich wird sich die Bevölkerung im Jahr um etwa 1'500'000 verringern. Demzufolge würde das, was Millionen Menschenleben und Jahrhunderte vergeblicher Anstrengungen gekostet hat, nämlich die Ausrottung des großdeut-

schen Gedankens und seiner Träger, eine vollendete Tatsache werden. Durch Sterilisation verliert der Deutsche seine Möglichkeit sich fortzupflanzen, dadurch verkümmert der deutsche Wille so, dass die deutsche Macht zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt.»<sup>(1)</sup> In einer Zeit, als Amerika angeblich noch neutral war, wurde dieses Machwerk in der New York Times und dem Time Magazine besprochen. So gelangte es zu seiner Bekanntheit.

### «Hooton-Plan»

Januar 1943: Ernest Albert Hooton, Professor der Anthropologie an der Harvard-Universität, veröffentlichte im New Yorker «Peabody Magazine» eine Abhandlung, in der er eine Bevölkerungspolitik vorschlug, die die Besatzungsmächte in Deutschland nach Kriegsende nach seinem Gusto durchführen sollten. Zum Zweck der Ausrottung des deutschen Nationalismus empfahl Hooton, der unterschiedslos alle Deutschen für «moralisch Schwachsinnige»<sup>(2)</sup> hielt, die Geburtenzahl der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, in Deutschland zu fördern: «Während dieser Zeit [der Besetzung] soll ebenfalls die Einwanderung und Ansiedlung nicht-deutscher Menschen, insbesondere nicht-deutscher Männer, in die deutschen Staaten gefördert werden.» Um größeren Widerstand bei den Deutschen zu vermeiden, schlug Hooton vor, diese Umzüchtung langsam durchzuführen.<sup>(3)</sup> Über ihn schreibt die Encyclopedia Britannica: «Viele der bedeutendsten US-Anthropologen waren seine Schüler, sein Einfluss war außerordentlich groß.»<sup>(4)</sup>

Der «Morgenthau-Plan» vom August 1944 war ein vom damaligen US-Finanzminister jüdischer Abstammung namens Henry Morgenthau veranlasster Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Das sollte langfristig verhindern, dass Deutschland je wieder einen Angriffskrieg führen könnte. Der Plan, den Morgenthau am 2. September 1944 niederlegte, sah eine komplette Deindustrialisierung Deutschlands und die Umwandlung in ein Agrarland vor, einhergehend mit einer drastischen Dezimierung der Bevölkerung im Zeitraum von 20 Jahren. Die Umsetzung wäre laut der Einschätzung von zahlreichen Experten, die sowohl Churchill als auch Roosevelt warnen, mit der Vernichtung von bis zu 40% des

### «Morgenthau-Plan»

Der «Morgenthau-Plan» vom August 1944 war ein vom damaligen US-Finanzminister jüdischer Abstammung namens Henry Morgenthau veranlasster Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Das sollte langfristig verhindern, dass Deutschland je wieder einen Angriffskrieg führen könnte. Der Plan, den Morgenthau am 2. September 1944 niederlegte, sah eine komplette Deindustrialisierung Deutschlands und die Umwandlung in ein Agrarland vor, einhergehend mit einer drastischen Dezimierung der Bevölkerung im Zeitraum von 20 Jahren. Die Umsetzung wäre laut der Einschätzung von zahlreichen Experten, die sowohl Churchill als auch Roosevelt warnen, mit der Vernichtung von bis zu 40% des

**Fortsetzung auf Seite 4**



Antideutsche in Frankfurt 2006 unter dem Motto «Nieder mit Deutschland»

Um die deutsche Wirtschaft steht es so schlecht wie lange nicht, die jüngsten Kriminalitätsstatistiken bestätigen einen drastischen Anstieg von Straftaten und belegen dabei die massiv überrepräsentierte Täterschaft von Asylanten und passdeutschen Migranten, die deutsche Regierung baut die Gesetzeslandschaft im Eiltempo auf Kosten der bürgerlichen Freiheiten um, die Geburtenraten befinden sich im Sinkflug. Es ist ein Trauerspiel, sich den Zustand des einstigen «Lands der Dichter und Denker» im Jahr 2024 anzusehen. Die meisten anderen westlichen Nationen, allen voran die USA, fahren einen ähnlichen Kurs. So viel läuft mittlerweile schief, dass es sich eigentlich verbieten müsste, noch von Zufall und Fahrlässigkeit zu sprechen. Schon vor langer Zeit interpretierten wir diese Dynamiken als hybride Kriegsführung, sprich als einen verdeckten Krieg, der nicht mit Bomben geführt wird, sondern mit Zersetzungstaktiken wie ideologischer Einflussnahme, Demoralisierung, Sabotage und dergleichen. Das Hauptinteresse an der hybriden Bekämpfung der westlichen Nationen ist zwar im Außen zu verorten, doch da von den hiesigen Regierungen fleißig der Weg dafür gepflastert wird, kommt man schwerlich umhin, von Feindregierungen zu sprechen.



**Am 14. Dezember 2023 wurde vom Landgericht in Köln verfügt, dass folgendem Eilantrag der DuMont Mediengruppe und Herausgeberin des Kölner Express stattgegeben werde: Alle bislang erschienenen wie auch künftigen Ausgaben der «ExpressZeitung» dürfen aufgrund von Verwechslungsgefahr mit dem Lokalblatt Kölner Express unter diesem Namen von uns weder in Deutschland verkauft noch nach Deutschland versendet werden. Als Herausgeber der bisherigen «ExpressZeitung» beugen wir uns diesem Urteil und nennen die vorliegende Themenzeitung bis auf weiteres «In Deutschland verboten!».**

## Inhalt

### Hybrider Krieg gegen Deutschland und den Westen: Wo stehen wir?

Seit dem Erscheinen unserer Ausgabe 31 zum hybriden Krieg hat die Schlagzahl der hybriden Angriffe auf Deutschland weiter zugenommen. 8

### Schlachtfeld Demographie

Die soziale Sterilisierung der Deutschen könnte effektiver wirken als jeder Bombenkrieg gegen sie. 27

### Schlachtfeld Nationalstaat

Die Regierung der Bundesrepublik fördert auf Geheiß globaler Institutionen eine Auflösung Deutschlands. 37

### Schlachtfeld Wirtschaft

Mit unzähligen hemmenden oder verschwenderischen Maßnahmen wird die BRD in den ökonomischen Kollaps gestürzt. 47

### Schlachtfeld Ernährungssicherheit

Sogenannte «Stickstoffpläne» sind Wasser auf die Mühlen des Bauernsterbens und der sinkenden Produktion von Nahrungsmitteln. 61

### Schlachtfeld Verkehr und Infrastruktur

Verkehrswege treffen auf oft unüberwindbare Widerstände durch die Bürokratie und vermeintliche Volksbewegungen. 64

### Schlachtfeld Natur und Wetter

Ließ man die Ahrtal-Flutkatastrophe bewusst geschehen? 70

### Schlachtfeld Gesundheit

Das Thema Gesundheit betrifft die physische Existenz des Menschen. Dass ein hybrider Angreifer versucht, hier Fuß zu fassen, liegt auf der Hand. 77

### Schlachtfeld Freiheit und Rechtsstaat

Will die WHO unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes den Erdball kontrollieren? 84

### Hybrider Krieg: Weitere Beispiele

Lange nicht alle Schlachtfelder des hybriden Kriegs wurden in der vorliegenden Ausgabe abgebildet. 94

<b>Verlag</b>	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
<b>Herausgeber</b>	André Barmettler
<b>Kontakt</b>	Tel +41 61 511 45 08
<b>Website</b>	www.in-deutschland-verbotten.com
<b>Erscheinung</b>	ca. 8 x jährlich im Abonnement
<b>Abo-Preis</b>	Schweiz: SFr 59.- / EU: EUR 59.-
<b>Redaktion</b>	Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab) Gerhard Wisnewski (gw), Fynn Peter (fp), Jonas Freud (jf)
<b>Satz/Layout</b>	Elementi Studio
<b>Fotos</b>	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
<b>Cover-Bild</b>	Johannes Sonneaug
<b>Nächste Ausgabe</b>	Juni 2024



## Fortsetzung von Seite 2

deutschen Volkes einhergegangen. Der Plan wurde möglicherweise nur wegen des Todes von US-Präsident Roosevelt im April 1945 nicht in die Tat umgesetzt. Das Staatsoberhaupt war den Deutschen gegenüber nämlich ähnlich radikal eingestellt wie Morgenthau. In einem Gespräch mit seinem Finanzminister am 9. August 1944 hatte Roosevelt gesagt: «Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen entweder das deutsche Volk kastrieren oder man muss die Deutschen so behandeln, dass sie nicht einfach weiterhin Menschen zeugen können, die im alten Geist fortfahren wollen.»<sup>(5)</sup> Durch eine gezielte Indiskretion wurde der Morgenthau-Plan am 21. September 1944 in die Öffentlichkeit gespielt. Die öffentliche Reaktion war so negativ, dass sich Roosevelt, der sich mitten im Wahlkampf befand, öffentlich distanzieren musste, obwohl er sich bei der Zweiten Québec-Konferenz mit dem britischen Premier Winston Churchill schon darauf verständigt hatte. Ab Ende September 1944 wurde der Plan offiziell nicht mehr erwähnt.<sup>(6)</sup>

## Die «Befreiung»

Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Befreiung vom Nationalsozialismus endete der Zweite Weltkrieg zwar offiziell, doch für die deutsche Bevölkerung und die Kriegsgefangenen ging er unvermindert weiter und nahm apokalyptische Ausmaße an: In den ersten Jahren Nachkriegsdeutschlands verstarben Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, Zivilisten, Frauen, Kindern und Alten. Das sind nach den Forschungen von Historikern wie James Bacque mehr Deutsche, als (nach offiziellen Zahlen) dem gesamten Zweiten Weltkrieg zum Opfer fielen. Diese seien laut Bacque Opfer verweigerter Nahrungsmittelhilfe und einer gezielten Sabotage geworden, weil die Alliierten andere Prioritäten gesetzt hätten, als Verkehrswege wieder herzurichten oder die Menschen mit dem Nötigsten aus Industrie und Landwirtschaft zu versorgen.<sup>(7)</sup> Handelten sie letztendlich doch im Geiste Morgenthaus?

Was heute als «Befreiung» zelebriert wird, erschien den meisten Deutschen zu diesem Zeitpunkt wie ein totaler Zusammenbruch.

Dazu passend, deutete auch nichts an der Alliierten-Rhetorik nach dem Krieg auf Versöhnung oder Frieden hin. Deutschland wurde «nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. [Das Ziel der Militärregierung] ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen», so die Militärdirektive JCS 1067, die der amerikanische Präsident Harry Truman am 10. Mai 1945 billigte und die die Grundlinien der US-amerikanischen Besatzungspolitik für die erste Zeit nach der Kapitulation Deutschlands festlegte. Ihre Bestimmungen blieben bis zum Juli 1947 gültig.<sup>(8)</sup> Demnach kann auch nicht von «Befreiung» im Sinne von einem «Ende einer Fremdherrschaft» gesprochen werden, denn die Herrschaft der Nationalsozialisten wurde, wie es die Militärdirektive wortwörtlich bestätigt, einfach durch die der Alliierten ersetzt.

## Nürnberger Siegerjustiz

Parallel zu dieser Direktive wurde mit den Nürnberger Prozessen ein Verfahren eingeleitet, das zwar in Schul- und sonstigen Lehrbüchern als Ausgangspunkt einer Erfolgsgeschichte des internationalen Rechts dargestellt wird, doch bei genauerer Betrachtung nichts von dieser Beschreibung einhalten kann. Führt man sich all die bei den Prozessen sträflich missachteten Rechtsgrundsätze, zusammen mit den Worten von US-Hauptankläger Robert H. Jackson vom 26. Juli 1946, vor Augen, die da lauteten «Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar»<sup>(9)</sup>, dann neigt man unweigerlich dazu, an Schauprozesse, Willkür- und Siegerjustiz zu denken und erinnert sich an Bertolt Brechts Worte: «Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.»<sup>(10)</sup> In Nürnberg wurden Taten verurteilt, die zuvor keine strafbaren Vergehen waren, was sogar die von den Alliierten lizenzierte Zeitung Die Zeit dazu bewog zu schreiben: «Wir

haben zu vielem, was in Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen. Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, dass man sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wussten, dass unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind – es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozess festgestellt hat. Wir klagen an. Wir, die wir Hitler und sein «Drittes Reich» immer gehasst, wir, die wir gefordert haben, dass die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, dass in Nürnberg Recht geschieht.»<sup>(11)</sup>

## Befreiung nach der «Befreiung»?

Doch ist nach dem Ende der Nürnberger Prozesse und der Militärdirektive JCS 1067 eine «Befreiung» im eigentlichen Sinne festzustellen? Leider sucht man vergebens: Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurde bereits von den Siegermächten bestätigt, dass eventuelle Grenzänderungen des Deutschen Reiches einer «Friedenskonferenz» vorbehalten bleiben müssten, die bis heute nie stattfand. Der entscheidende Passus im abschließenden «Potsdamer Abkommen» lautet: «Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.»<sup>(12)</sup> Damals waren sich die Besatzer völlig einig, dass «Deutschland» als «das Gebiet des Deutschen Reiches» definiert war, «wie es am 31.12.1937 bestanden hat». So hatte sich die «Hauptsiegermacht» USA schon 1944 festgelegt.<sup>(13)</sup>

Am 1. Juli 1948 bestellten die drei westlichen Militärgouverneure, Lucius D. Clay, Brian Robertson und Pierre Koenig, die von ihnen eingesetzten Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen ins Frankfurter IG-Farben-Haus und beauftragten sie, mit den «Frankfurter Dokumenten» schnell «eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte». Die Militärregierungen legten wesentliche Rahmenbedingungen für die neue «demokratische Verfassung» fest. Die Länderchefs antworteten aufgrund der Tatsache, dass Ostdeutschland (das heutige Westpolen) weiter unter Kontrolle der Sowjetunion stand, «dass, unbesch-

«Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.»

Winston Churchill am 3. September 1939 über die britische Kriegserklärung an Deutschland

Quelle: zeit.de, Der 20. Juli 1944: Ein vergessener Tag



det der Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung dieses Gebietes, alles vermieden werden müsste, was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde; sie sind darum der Ansicht, dass auch durch das hierfür einzuschlagende Verfahren zum Ausdruck kommen müsste, dass es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt». <sup>(4)</sup> Sie betonten ausdrücklich, dass ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden könne, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren. Bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes könnten nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden. <sup>(5)</sup>

## Grundgesetz

Die Länderchefs schlugen dann die Bezeichnungen «Parlamentarischer Rat» statt «Verfassungsgebende Versammlung» und «Grundgesetz» statt «Verfassung» vor. Die von den Besatzungsmächten gebrauchten Wörter «Verfassungsgebende Versammlung» und «Verfassung» wurden also von den deutschen Länderchefs abgelehnt, um den provisorischen Charakter der damaligen Lösung hervorzuheben. Die Alliierten nahmen das hin.

Als ausschlaggebend erwies sich der redigewandte Staatsrechtler und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid (SPD), der seine Meinung, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei, offen verkündete (siehe S.39 f.). Ab 1. September 1948 tagte der Parlamentarische Rat zum ersten Mal unter dem Vorsitz des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer in Bonn. Leiter des ausschlaggebenden Hauptausschusses war Carlo Schmid. Dieser hielt weiter am Fortbestand des Deutschen Reiches fest und erklärte am 8. September 1948 vor dem Rat, ohne Widerspruch zu erfahren, zur Ausgangslage des zu schaffenden politischen Gebildes: «Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimer Staatlichkeit unterscheidet, ist, dass es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimer Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten

## Zweiter Bundeskanzler im Jahr 1965: Deutschland ist das Deutsche Reich 1937!

«Wir sind uns alle darüber klar, dass auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit grosse Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein. Am Ende dieses Weges muss nach der Überzeugung der Bundesregierung ein **Friedensvertrag** stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag - und nur in ihm - können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31.12.1937 fortbesteht, festgelegt werden.»

Regierungserklärung von Bundeskanzler Ludwig Erhard am 18. Oktober 1965

Quelle: kas.de, Union in Deutschland, 18. Dezember 1963, Nr.51/52

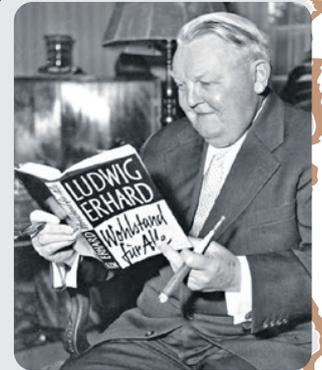


Foto: Bundesarchiv, B 145  
Bild-F004204-0003/Adrian, Doris /  
CC-BY-SA 3.0

demokratischen Sinne des Wortes geboren.»

<sup>(6)</sup> Die «Fremdherrschaft», von der Schmid sprach, wurde dadurch untermauert, dass die Militärgouverneure mehrere Male bestimmend in die Arbeit des Parlamentarischen Rates eingriffen und Änderungen durchsetzten - insgesamt 36 Mal. <sup>(7)</sup> Besondere in Bonn anwesende alliierte «Liaison Officers» prüften alle Drucksachen und Protokolle des Parlamentarischen Rats. Die Militärregierungen hörten auch die Telefone der maßgeblichen Parlamentarier ab. <sup>(8)</sup> Adenauer «musste häufig nach Frankfurt» (Hauptquartier der Amerikaner) zu den Militärgouverneuren zum Bericht fahren. <sup>(9)</sup> Das nach den Forderungen der Alliierten geänderte Grundgesetz wurde dann ausgerechnet am 8. Mai 1949, am Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, vom Parlamentarischen Rat unter Leitung Konrad Adenauers angenommen. Konrad Adenauer hatte zuvor geäußert: «Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten.» <sup>(10)</sup> Bundeskanzler Willy Brandt wurde später ebenso deutlich: «Dieses Grundgesetz haben uns die Amerikaner, um es vorsichtig zu sagen, anempfohlen. Man könnte auch sagen, auferlegt.» <sup>(11)</sup>

## Friedensvertrag und Volksabstimmung

Der eigentlich vorgesehene Übergangscharakter des Grundgesetzes geht aus dem Artikel 146 deutlich hervor: «Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.» Wenn schon im Grundgesetz selbst

eine Unterscheidung zwischen Grundgesetz und Verfassung getroffen wird, dann ist davon auszugehen, dass das Grundgesetz nicht die oberste Rechtsnorm eines Staates darstellt, sondern tatsächlich ein alliiertes Verwaltungskonstrukt. Diejenigen, die diesen Paragraphen ausformulierten, dachten bei «Deutschland» ohne Zweifel an das Deutsche Reich und beim «deutschen Volk» an die Bevölkerung dieses Reiches. Und so überrascht es nicht, dass das Bundesverfassungsgericht noch 2015 bestätigte, dass das Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich nie untergegangen ist. <sup>(12)</sup> Die Präambel des Grundgesetzes wurde am 23. September 1990 entscheidend geändert. Der bis dahin geltende Auftrag für die deutsche Politik, «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden», wurde gestrichen und durch die Behauptung ersetzt: «Die Deutschen in den Ländern [...] haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.» Das war wohl kaum die Einheit, die sich Carlo Schmid als «Vater» des Grundgesetzes vorgestellt hatte.

## UN-Feindstaat

Da der in Potsdam versprochene Friedensvertrag (genau wie die Volksabstimmung) nie in die Tat umgesetzt wurde, könnte man auf Idee kommen, die Siegermächte befänden sich bis heute im Krieg gegen Deutschland (eben das weiterhin fortbestehende Deutsche Reich anno 1937). Dass der Krieg gegen Deutschland aktuell auf andere Weise fortlaufen mag, lassen auch die UN-«Feindstaatenklauseln» vermuten, deren Brisanz sich vor allem aus ihrer Historie ergibt, denn der Name «Vereinte Nationen» stammt bereits aus





→ dem Zweiten Weltkrieg: Mit der «Deklaration der Vereinten Nationen» vom 01.01.1942 gründeten die USA die «Anti-Hitler-Koalition» mit Großbritannien und der Sowjetunion als den Hauptalliierten sowie 23 weiteren Staaten. Bis zum März 1945 schlossen sich 19 zusätzliche Staaten an. Durch diese Deklaration vom 01.01.1942 wurden alle Unterzeichner verpflichtet, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären und die Vereinigten Staaten als Hauptsiegermacht und Kriegsgesetzgeber anzuerkennen. Am 26. Juni 1945 wurde auf der Konferenz von San Francisco die Charta der Vereinten Nationen – der Gründungsvertrag und damit die Verfassung der UN – aus der Taufe gehoben. Bei dieser Konferenz waren nur die Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges anwesend. Als Ziel wurde angegeben, dass Krisen und Spannungen in der Zukunft verhindert werden sollten.

In die UNO-Charta wurden zwei Artikel aufgenommen (Art. 53 und 107), die man als «Feindstaatenartikel» oder «Feindstaatenklauseln» bezeichnet. Das bedeutet, dass die Siegermächte sich darin das Recht geben, sich in ihren Beziehungen zu den ehemaligen (?) Feindstaaten nicht an das allgemeine Gewaltverbot, an das Interventionsverbot oder an den Grundsatz der Vertragstreue halten zu müssen. Es werden in diesen Artikeln ausdrücklich Handlungen erlaubt, die das allgemeine Völkerrecht verbietet. Artikel 53 der UN-Charta lautet in Absatz 1 und 2: «Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen [...] nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat [...]. Der Ausdruck «Feindstaat» in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.» Artikel 107 der UN-Charta lautet: «Maßnahmen, welche die hierfür [für die Wahrung des Weltfriedens] verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.»<sup>(23)</sup> Da diese Artikel weiterhin in der UN-Charta zu finden sind, gibt es auch keinen Grund anzunehmen, sie seien nicht mehr gültig. Die 1949 neu geschaffene BRD trat 1973 der UNO bei, womit sie auch diese «Feindstaatenklauseln» akzeptierte.

## «Reeducation»

Wann wurden die Kriegshandlungen also je beendet? Oder wurden sie es gar nie? Denn ein glasklarer historischer Punkt, an dem sich ein Kriegsende im völkerrechtlichen Sinne registrieren lässt, ist nicht auszumachen. So sehr man diese Analyse als Paragraphenrei-

## Theodor W. Adorno: Die Worte des Vorbilds der 68er-Generation während des Zweiten Weltkriegs

«[...] möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sichwälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden.»

*Theodor W. Adorno vom Institut für Sozialforschung (IfS) in einem Brief an seine Eltern vom 26.09.1943, in dem er seine Wunschvorstellung für das weitere Schicksal der Deutschen erläuterte*



Foto: Jeremy J. Shapiro ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Theodor\\_W.\\_Adorno.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Theodor_W._Adorno.jpg))  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

«In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge.»

*Adorno in einem Brief vom 07.04.1945 über das Massensterben auf deutschem Boden*

«Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.»

*Brief Adornos vom 01.05.1945 über die Situation in Deutschland unmittelbar vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs*

Quelle: faz.net, Die vielen Hansjürgens und Utes, 18.08.2003

Deutschenhasser führender Nachkriegs-Philosoph?

Adorno zählte mit Max Horkheimer zu den Hauptvertretern der als «Kritische Theorie» bezeichneten Denkrichtung, die auch unter dem Namen «Frankfurter Schule» bekannt wurde. Die 68er-Bewegung und die Idee des «Marschs durch die Institutionen» entsprangen aus dieser Denkschule.

tere auslegen kann, steht die Frage im Raum, warum die Siegermächte systematisch wirkend Unklarheit schufen anstatt klarer Verhältnisse.

Werfen wir einen Blick auf die sogenannte «Reeducation» bzw. «Umerziehung» nach dem Zweiten Weltkrieg, verbindet sich die gerade dargelegte rechtliche Ebene mit der psychologischen. Die These ist schließlich nicht allzu weit hergeholt, dass parallel zum nie wirklich endenden Kriegszustand auf dem Papier ein psychologischer Krieg gegen das deutsche Volk geführt wurde – eben ein Krieg ohne Waffen, wie von Kaufman, Hooton und Morgenthau einige Jahre zuvor eingebracht.

Die «Umerziehung» brachte in Wahrheit das Gegenteil dessen, was sie versprach, womit naheliegt, dass auch sie kein humanistisches Erziehungsprogramm war, sondern vielmehr eine psychologische Kriegswaffe im weiter fortgeführten Krieg gegen den «Feindstaat» Deutschland. Sie war sogar die effektivste Waffe, denn die sinkende Geburtenrate hat allmählich zu dem geführt, was die Alliierten mit konventionellen Kriegsmitteln vielleicht nie geschafft hätten: das nachhaltige und vielleicht eines Tages endgültige Verschwinden des deutschen Volkes, ganz nach den anfangs vorgestellten Plänen.

## Psychologischer Krieg

Beispielsweise trug der Vorgänger der «Information Control Division», die die Medienlandschaft in der US-Besatzungszone

gestaltete, den Namen «Division für psychologische Kriegsführung», woraus doch recht deutlich hervorgeht, dass die Deutschen nach 1945 einer Art psychologischem Angriff ausgesetzt waren. «Die Änderung der deutschen Psychologie ist die Hauptaufgabe der Militärregierung», wie es der jüdische Psychiater David Mardochai Levy aus New York, ein führender Kopf der «Reeducation», ausdrückte.<sup>(24)</sup> Dem deutschen Volk wurde wahlweise oder gleichzeitig vorgeworfen, «autoritär», «obrigkeitshörig», «paranoid», «militaristisch», «böseartig», «barbarisch» oder «Feind der Zivilisation» zu sein und dies bei Weitem nicht erst seit Hitler: Die Kriegslust sei Teil einer urdeutschen Veranlagung, die seit Jahrhunderten respektive Jahrtausenden existiere. Die Tatsache, dass Briten und Franzosen im 19. Jahrhundert weit mehr (vernichtende) Kriege als die Deutschen geführt hatten, wurde dabei geflissentlich ignoriert.

## «Nizer-Plan»

Den geistigen Nährboden für die kulturelle Nachkriegspolitik der Alliierten bereitete 1944 das Buch «What to do with Germany?» («Was soll mit Deutschland gemacht werden?») des jüdisch-amerikanischen Anwalts Louis Nizer. Anders als beispielsweise Henry Morgenthau schlug Nizer nicht die Ausschaltung Deutschlands als wirtschaftlichen Machtfaktor vor, sondern im Gegenteil dessen wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg. Nizers Nachkriegsplan für Deutschland bestand

primär darin, eine Umerziehung von bisher nicht bekannten Dimensionen am deutschen Volk durchzuführen, die sich des schulischen Lehrstoffs, besonders aber auch der Massenmedien wie Film und Rundfunk bedienen sollte. In «What to do with Germany?» konnten die US-Bürger während des Krieges u.a. lesen: «Es ist die größte und vornehmste Aufgabe, die uns je auferlegt worden ist, denn es geht darum, das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen. [...] Wir werden sowohl für Alt wie auch für Jung einen Zwangsunterricht einführen, der allerdings nicht an Klassenzimmer gebunden ist. Die ungeheure Überzeugungskraft dramatischer Darbietung muss voll ausgeschöpft werden. Der Film käme hier voll zur Geltung.»<sup>(25)</sup>

Nizer forderte die allumfassende geistige Umerziehung des deutschen Volkes durch Bildungs- sowie Erziehungswesen und Medien, denn er sah nicht im Nazismus, sondern im gesamten deutschen Volk eine ewige Gefahr für den Weltfrieden: «Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. [...] Es gab einen Kaiser vor Hitler, und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Grossen vor Bismarck – in der Tat sind 2000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. [...] Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzerklauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht geändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt.»<sup>(25)</sup> Man könnte diese Zeilen mit einem Achselzucken übergehen, wenn das Buch von Nizer nicht die Lieblingslektüre von drei amerikanischen Präsidenten gewesen wäre: Roosevelt verteilte es an seine Kabinettsmitglieder, Eisenhower verteilte 100'000 Exemplare an die Armee und ließ alle Offiziere seines Stabs Aufsätze über das Buch schreiben, Harry S.

Truman schließlich hielt es für «eines der fesselndsten und aufschlussreichsten Bücher», die er je gelesen habe, und meinte: «Jeder in diesem Land sollte es lesen.»<sup>(26)</sup>

## «Marsch durch die Institutionen»

Was dieses Gedankengut mit aktuellen deutschen Politikern zu tun hat, lässt sich relativ einfach herleiten: Die Methoden der «Reeducation» setzten sich in der BRD fort. Spätestens mit der linken Studentenrevolte von 1968 und dem «langen Marsch durch die Institutionen» wurde die «geistige Landschaft in Deutschland, vor allem im Bereich der Geschichtsschreibung, [...] zunehmend politisiert und intolerant», so Alfred-Maurice de Zayas, US-amerikanischer Völkerrechtler.<sup>(27)</sup> Vielsagend ist, dass in der BRD Menschen zu Helden hochstilisiert wurden, die radikale Marxisten waren. Unter anderem mit Joschka Fischer und Jürgen Trittin nahmen Personen in höchsten Ministerposten Platz, deren antideutsche Ansichten klar zu erkennen waren. Trotzdem wurden sie in einem längst marxistisch umgepolten BRD-Meinungsklima 1998 gewählt. Joschka Fischer hatte 1982 in der linksradikalen Zeitung Pflasterstrand geschrieben: «Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach töt-schlagen; dies zeigt unsere Geschichte ganz sicher.»<sup>(28)</sup> Dieses Gedankengut setzt sich unzweifelhaft bei der neuen Führungsspitze um Robert Habeck fort. Gleichlautend hatte Habeck 2010 geschrieben: «Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.»<sup>(29)</sup>

## «Hybrider Krieg»

Weshalb es sich regelrecht aufdrängte, nach dem Dreiteiler «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» eine Ausgabe 31 folgen zu lassen, die sich vollumfänglich dem «hybriden Krieg» widmete – eine waffenlose Kriegsform. Nimmt man an, der Krieg gegen Deutschland bzw. das völkerrechtlich fortbestehende Deutsche Reich wäre nie zum Ende gekom-

men, dann könnte es einem wie Schuppen von den Augen fallen: Besetzt die BRD heute ein Teilgebiet des fortexistierenden Deutschen Reiches und ist sie gleichzeitig Teil einer Kriegskoalition, die nie ein Ende fand? Durch den Beitritt zur UNO, die überhaupt erst als Koalition gegen Deutschland entstand, könnte sich die BRD diesem Kriegsbündnis 1973 angeschlossen haben, seitdem das Land okkupieren und einen Krieg gegen die Bevölkerung eines Teilgebiets des immer noch existierenden Deutschen Reichs («UN-Feindstaat») führen. Man muss sich nicht in Gänze mit dieser These gemein machen und sie auch nicht als der Weisheit letzter Schluss ansehen, um festzustellen, dass sie keineswegs unbegründet daherkommt. Würde sich die BRD als Besatzungskonstrukt momentan im fortgesetzten Krieg gegen das Deutsche Reich bzw. gegen die Bewohner dieses Gebiets befinden, dann würde das auch erklären, warum BRD-Politiker entgegen ihrem Amtseid eine Politik verfolgen, die das Wohl der einheimischen Bevölkerung nicht mehrt, sondern eher mindert. Arbeiten sie in Wahrheit für das alliierte Kriegsbündnis namens UN gegen Deutschland?

Im heutigen Deutschland findet zumindest eine vorsichtiger, doch nicht weniger effektive Spielart der von Kaufman vorgeschlagenen Sterilisierung auf Raten statt. Ebenso ist die im Hooton-Plan vorgesehene Massenmigration in vollem Gange (siehe S.2). Führend bei der Deindustrialisierung Deutschlands nach Morgenthau Geschmack ist ausgerechnet der Vaterlandsliebe «zum Kotzen» findende Robert Habeck in seiner Rolle als Wirtschaftsminister (siehe S.8 ff.). Und die von Nizer (siehe links) vorgesehene psychologische Bekämpfung des deutschen Geistes ist sowieso so omnipräsent wie nie zuvor. Daher blieb uns damals kaum eine andere Wahl, als den stattfindenden waffenlosen, «hybriden» Krieg gegen die westliche Zivilisation und vor allem gegen Deutschland in das Zentrum einer Folgeausgabe zu stellen. An diese mittlerweile über vier Jahre alte Veröffentlichung wollen wir mit dieser Nummer 60 anknüpfen, denn die Dynamik hat sich seitdem nur verstärkt. (tk/ab)

### Quellen:

- Theodore N. Kaufman: Germany must perish!, Newark, N.J., 1941
- The Canadian Jewish Chronicle, Oct. 20, 1944, S.8
- Klaus Rainer Röhl: Verbotene Trauer. Ende der deutschen Tabus, S.49
- britannica.com, Earnest A. Hooton, abgerufen am: 09.04.2024
- spiegel.de, «Diese Deutschen sind ja solche Teufel!», 11.12.1967
- de.wikipedia.org, Morgenthau-Plan, abgerufen am: 09.04.2024
- faz.net, «Sollen die Deutschen doch leiden!», 28.11.1995
- de.wikipedia.org, JCS 1067, abgerufen am: 09.04.2024
- avalon.law.yale.edu, Nuremberg Trial Proceedings Volume 19, One hundred and eighty-seventh day Friday, 26 July 1946
- derstandard.at, Walter Benjamins Thesen zur Geschichte: Sturmwarnung, 29.04.2020
- Die Zeit, 22.01.1948
- zeit.de, Am Anfang stand ein Irrtum, 22.02.1985
- SHAEF-Gesetz 161, Absatz 2
- Antwortnote der Ministerpräsidenten der Länder in den westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure vom 10. Juli 1948 mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten
- t-online.de, Eine neue Verfassung hätte die Einheit gekrönt, 21.05.2019
- archive.org, Was heißt eigentlich: Grundgesetz?, Rede des Abgeordneten
- Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 8. September 1948
- Florian Rühmann, Verfassungsschöpfung unter Besatzungsherrschaft - Einflussnahme der Westalliierten auf die Entstehung des Grundgesetzes, GRIN Verlag, 2006
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, Karl-Ulrich Gelberg, «Soundso viele Cocktails!», 21.02.1996
- Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg, 1967, S.146
- Hans Herbert von Arnim, Die Deutschlandakte - Was Politiker und Wirtschaftsrosse unserem Land antun, Bertelsmann-Verlag, 2008, S.17
- Bunte, 14.02.1991, S.94
- bundestag.de, Völkerrechtssubjekt «Deutsches Reich», 30.06.2015
- unric.org, Charta der Vereinten Nationen, abgerufen am: 09.04.2024
- Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.118
- us.archive.org, What to do with Germany, abgerufen am: 09.04.2024
- Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.16 f.
- Ebenda, S.80
- akweb.de, Auf den Hund gekommen, 10.06.1999
- Patriotismus: Ein linkes Plädoyer, Gütersloher Verlagshaus, 2010



### Auf einen Blick

► Der «hybride Krieg» ist «kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln (direkte physische Gewalt), sondern u.a. geführt durch Propaganda, Sabotage und Destabilisierung». Er zielt auf «soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen einer Gesellschaft ab». So definierten wir den Begriff vor vier Jahren in einer vollständig dieser waffenlosen Kriegsform gewidmeten Ausgabe.

► Mittlerweile ist der Begriff «hybrider Krieg» fester Bestandteil des Vokabulars westlicher Politiker und Journalisten, wobei der Vorwurf vor allem gen Russland und vereinzelt auch gen China gerichtet ist. Geschickt wird dabei jedoch unterschlagen: Wladimir Putins und Xi Jinpings hybrider Krieg gegen den Westen wäre kaum wirksam ohne die fleißige Schützenhilfe der hiesigen Regierungen - vor allem der deutschen.

► Die Schlagzahl der hybriden Angriffe hat seit 2020 zugenommen: Energieknappheit, Massenmigration, soziale Sterilisierung, Zerstörung der Landwirtschaft, Wirtschaftssabotage uvm. zehren allmählich an der Lebensgrundlage des deutschen Volks. Das dadurch herbeigeführte Chaos ist mit Inkompetenz nicht mehr zu erklären. In Deutschland wird offenbar Feindpolitik durch eine Feindregierung betrieben.

► Anstatt Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, scheint eine Feindregierung Deutschland in seinen Grundfesten zu zersetzen. Der wirtschaftlich-geopolitische Motor der Welt verschiebt sich zunehmend von West nach Ost. Auf den Trümmern Europas soll eine neue Weltordnung nach dem chinesischen Modell entstehen: ein kommunistisches digitales Gefängnis für die Normalbevölkerung.

## Hybrider Krieg gegen Deutschland und den Westen: Wo stehen wir?

Präsident Wladimir Putin versuche, die deutsche Innenpolitik auseinanderzutreiben, warnte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius Anfang März dieses Jahres. «Es handelt sich um einen hybriden Angriff zur Desinformation – es geht um Spaltung, es geht darum, unsere Geschlossenheit zu untergraben», spielte der SPD-Politiker auf das Abhören von Bundeswehroffizieren durch russische Geheimdienste und die Verbreitung der Gesprächsinhalte auf russischen Nachrichtenkanälen an.<sup>(1)</sup> Bereits vor über vier Jahren erläuterten wir den Terminus «hybrider Krieg». Dieser geht der deutschen Regierungselite mittlerweile in hoher Anzahl hinsichtlich der Bedrohung durch Wladimir Putins Russland über die Lippen. Der «hybride Krieg» ist «kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln (direkte physische Gewalt), sondern u.a. geführt durch Propaganda, Sabotage und Destabilisierung». Er zielt auf «soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen einer Gesellschaft ab», definierten wir den Begriff in unserer nun schon lange zurückliegenden Ausgabe zu ebenjener subtilen Kriegsform, um daraufhin zu beschreiben, wie dieser hybride Krieg geführt wird und dass die westliche Bevölkerung ihm mittlerweile seit Jahrzehnten ausgesetzt ist. «Das Schlachtfeld eines hybriden Krieges sieht so ganz anders aus, als man es bisher gewohnt ist: Kein Pulverdampf, keine Einschlagskrater, keine zerfetzten Leichen. Schauen Sie sich mal um: Vielleicht handelt es sich bei Ihrer gewohnten Um-



Sprengung der Kühltürme des Kernkraftwerk-Phillipsburg in Baden-Württemberg am 14.05.2020. Ein Bild von großer Symbolkraft: Kein feindlicher Pilot muss eine Bombe schmeißen, Deutschland deindustrialisiert sich von ganz alleine.

gebung bereits um ein solches modernes Schlachtfeld», fügten wir an. Nur ca. einen Monat nach Erscheinen dieser Publikation Nummer 31 Anfang Februar 2020 zog eine angebliche «Corona-Pandemie» über das Land bzw. die Welt, legte Wirtschaft sowie Rechtsstaat lahm, und nichts war, wie es vorher einmal gewesen ist (siehe S.77 ff.).

### Der Krieg tobt weiter

Schaut man sich aktuell im Großraum Mitteleuropa, Nordamerika und vor allem in Deutschland um, hat keinerlei positive Trendwende stattgefunden. Wir leiden mehr denn je unter hybriden Kriegsakten und ihren zermürbenden Auswirkungen.

Deutschland und die westliche Welt kollabieren unter dem Einsatz zahlreicher hybrider Waffen wie Migration, Bildungsabbau, soziale, medikamentöse und chirurgische Sterilisierung, Zerstörung der Energieversorgung und Landwirtschaft, Kriegslasten (Ukraine), Abfluss öffentlicher Gelder ins Ausland (siehe S.47 ff.), Gesundheitssabotage (z.B. Impfungen), Sabotage durch Massnahmen gegen die Wirtschaft durch die sogenannte «Klima-» und «Coronakrise» und, und, und. Insbesondere die «Pandemie» hat jene Dominosteine ins Kippen gebracht, die uns nunmehr zu erschlagen drohen. So «traf es in der Regel diejenigen Länder mit den härtesten staatlichen Coronamaßnahmen auch am härtesten beim Wirtschafts-

## Berliner Zeitung

### OS Burggraben vor dem Reichstag: Ein törichtes Projekt, das Angriffe heraufbeschwört

Der Bundestag soll mit mittelalterlichen Methoden geschützt werden: einem 150 Meter langen und zweieinhalb Meter tiefen Graben. Er wird unsere Demokratie beschädigen.

berliner-zeitung.de,  
27.02.2024



Baustelle vor dem Deutschen Bundestag in Berlin zur Errichtung des neuen «Sicherheitsgrabens»

**Ab 2029 soll eine neue Sicherheitsanlage vor dem deutschen Bundestag stehen - in Form eines 150 Meter langen und zweieinhalb Meter tiefen Grabens. Mauert sich eine dem Volk feindlich gesinnte Regierung ein, um ihren hybriden Krieg gegen Deutschland ungestört fortführen zu können?**

abschwung», schrieb damals der Volkswirtschaftler Professor Christian Kreiß. <sup>(2)</sup> Man muss feststellen: Nicht nur Wladimir Putin koordiniert hybride Angriffe gegen Deutschland. Die deutsche Regierungspolitik steht ihm in Sachen gesellschaftlicher Destabilisierung und wirtschaftlicher Schädigung in nichts nach - ganz so, als handle es sich um ein «Komplott zugunsten Russlands», wie es der Focus-Redakteur Jan Fleischhauer ausdrückte. <sup>(3)</sup>

## Deutschland im Abschwung

«Ein Drittel der Mittelständler will sein Geschäft lieber morgen als übermorgen aufgeben, weil die Rahmenbedingungen zu schlecht sind und aus ihrer Sicht auch absehbar schlecht bleiben werden», sagte der Präsident des Handelsverbands Deutschlands, Alexander von Preen, vor Kurzem gegenüber der Zeitung Die Welt. <sup>(4)</sup> Immer mehr wirtschafts- und verkehrsfeindliche Klimamaßnahmen, Personalmangel, inferiore Schulabgänger, Fachkräftemangel, explodierende Energiepreise - was will man mehr? «Aus keinem anderen Land flossen zuletzt» auch «so viele Direktinvestitionen

ab» wie aus Deutschland, schrieb das Handelsblatt am 28. Juni 2023. «Die Investitionsflucht ist mehr als nur ein Warnsignal. Man muss kein Untergangsprophet sein, um zu konstatieren: Der Standort Deutschland ist im Abstieg begriffen.» <sup>(5)</sup> «Der Trend geht nach unten», pflichtete am 3. November 2023 erneut die Zeitung Die Welt bei: «Mit einem deutlichen Minus im Vergleich zum Vormonat und zum Vorjahresmonat enttäuschen die deutschen Exportzahlen im September. Nur dank stärkeren Ausfuhren zu Jahresbeginn fällt die Neun-Monat-Bilanz noch positiv aus.» <sup>(6)</sup> Geht man von einer hybriden Kriegsführung aus, läuft alles nach Plan, denn ab einem bestimmten Punkt ist die Abwärtsspirale nicht mehr reversibel. Und diesen Punkt hat Deutschland vermutlich überschritten. Denn die Todesspirale aus Insolvenzen und immer mehr Insolvenzen plus weiterer Faktoren ist ein sich selbst beschleunigender Vorgang, der durch Inflation und steigende Energiepreise zusätzlichen Schub erhält. Es scheint zudem fast, als würde sich die moderne Zivilisation rückentwickeln - in Richtung Mittelalter: Moore werden wieder bewässert (siehe S.57), Wildtiere wieder angesiedelt, die Alphabetisierung nimmt ab, die Kul-

tur degeneriert, anstelle der Wissenschaft treten Mythen und Dogmen, Energie wird zur Mangelware, Hunger stellt wieder eine reale Bedrohung dar etc. Das heißt: Über Deutschland, Europa und der Welt braut sich der perfekte Sturm zusammen. Nach allem, was sich abzeichnet, drohen große Teile der Menschheit ins Bodenlose zu fallen. Denn weit und breit sind keine positiven Parameter zu erkennen, sondern fast nur Umstände, die den Fall beschleunigen.

## Flucht vor dem hybriden Krieg

Und was machen schlaue Köpfe mit ausreichendem Budget, wenn in ihrem Land Krieg herrscht? Sie verlassen es. Viele Deutsche nehmen die Beine in die Hand, Kind und Kegel unter den Arm und verlassen ihre Heimat. «Goodbye Deutschland - das sagen immer mehr Menschen», stand am 20. Januar 2022 in den Expat News zu lesen, einem «Nachrichten- und Serviceportal für Reisende, Expats und Auswanderer». - «Meine Wahrnehmung ist, dass es einen verstärkten Trend zur Auswanderung gibt - und zwar eine Auswanderung, die gesellschaftlich motiviert ist», zitierte die Webseite an diesem Tag Rolf Schäfer von dem Wiesbadener Umzugsunternehmen Andreas Christ GmbH. «Normalerweise erhält er drei bis vier Anfragen pro Jahr von Personen, die Deutschland für immer den Rücken kehren wollen. In den letzten 12 Monaten waren es aber mindestens drei bis vier Anfragen pro Monat», berichtet Schäfer. Und zwar nicht von Menschen, «die temporär und jobbedingt ins Ausland gehen, sondern in der Tat um Personen, die mit ihrem Leben in Deutschland unzufrieden sind und deshalb einen Neustart in einem anderen Land wagen wollen.» <sup>(7)</sup>

Kann nicht sein - denn wirft man einen Blick in die Daten des Statistischen Bundesamtes, ist doch alles in Ordnung: 2021 verließen zwar 994'000 Menschen das Land, dafür zogen aber über 1,3 Millionen neu zu, macht unter dem Strich also gut 300'000 Neubürger! Na bitte: Alles paletti. Stopp! Das Statistische Bundesamt hat das Ganze politisch unkorrekterweise noch

